№ 460. Beiblatt.

Volks-Zeitung.

Berlin.

Mittwoch, 1. Oktober.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

1902. — 50. Jahrgang.

Gratis-Beilage: „Gutenberg's Illustrirtes Sonntagsblatt."

Kommunales.

× **Mit den Finanzverhältnissen Berlins** beschäftigt sich ein Artikel der „Rhein.-Westf. Ztg.", der uns der Wiedergabe nicht unwerth erscheint. Das Blatt schreibt:

Ein kleiner niedlicher Pleitegeier schwebt über dem Rothen Hause in der Königstraße. Er ist nicht sehr bösartig anzuschauen, aber er ist da und verursacht ängstlichen Gemüthern bange Stunden. Zum ersten Mal nach langen Jahren schließt nämlich der Etat der Stadt Berlin statt mit dem gewohnten Ueberschuß von ein paar Millionen mit einem Verlustsaldo von rund 85 000 Mk. Das hat bei einem Jahresetat von mehr als 130 Millionen gewiß nicht viel zu bedeuten, so etwas kann in den besten Familien vorkommen und wäre an und für sich nicht viel mehr als ein neuer Beweis für das Bestehen einer starken wirthschaftlichen Depression, aber den Gebietern im Rothen Hause ist trotzdem nicht wohl, sie fürchten, es könnten Zweifel in der Bürgerschaft entstehen an dem Dogma von der Unfehlbarkeit und unanfechtbaren Vortrefflichkeit der Berliner Kommunalverwaltung. Das Defizit aus der Welt zu schaffen, wäre das nächstliegende Mittel eine kleine Erhöhung des kommunalen Steuerzuschlages, aber dazu scheint sich der Magistrat nicht verstehen zu wollen um seines guten Leumunds willen, am meisten aber, weil man befürchtet, daß eine dahin zielende Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung lange unliebsame Erörterungen über die städtische Finanzverwaltung herbeiführen könnte.

Es ist ein berechtigter Ehrgeiz jeder Stadtverwaltung, mit einem möglichst geringen kommunalen Steuerzuschlag auszukommen. Berlin erhebt 100 Prozent. Das ist nicht viel, wenn man z. B. an die Industriestädte des Westens denkt, wo 200 Prozent oder noch mehr der landesübliche Satz ist, aber die Leute, die nicht müde werden, den Ruhm der Berliner Kommunalverwaltung zu preisen, vergessen dabei vollständig, unter wie ganz anderen Bedingungen andere Gemeinden arbeiten müssen. Diese Städte haben keinen oder nur winzigen Fremdenverkehr, sie haben keine Pensionäre und steuerkräftige Rentiers, denn niemandem fällt es ein, sich in Essen, Bochum oder Gelsenkirchen niederzulassen, um dort seine Ruhejahre zu verleben. Vor allem aber ist das Verhältniß Berlins zum Staate und seinen Leistungen ein ganz anderes. Bewirbt sich eine Provinzialstadt um die Ehre, Sitz einer staatlichen Behörde zu werden, oder eine Garnison zu erhalten oder um einen neuen Bahnhof, so zeigt sich der Staat, um die Begehrlichkeit zu steigern, zunächst spröde und höchst abgeneigt, wird die Bewerbung dringender, dann werden die drückendsten Gegenleistungen verlangt, die den Kommunaletat natürlich stark belasten. Anders in Berlin. Hier erreichten Staat und Reich die prächtigsten Bauten für ihre Behörden ohne daß die Stadt nur einen Schilling oder theure Bauplätze herzugeben hätte. In ähnlicher, wenn auch nicht ganz so günstiger Lage befinden sich die Provinzial- und Regierungshauptstädte. Wäre Berlin gehalten, zu den vielen staatlichen Bauten und Anlagen nach einem ähnlichen Satze beizutragen wie die Provinzialstädte und namentlich gewisse Industrieorte, dann stände es um die Finanzen der Reichshauptstadt keineswegs so glänzend, jedenfalls wären nicht die reichen Mittel zu den vielen luxuriösen Brücken- und Schulbauten vorhanden. Wer das Kreuz hat, der segnet sich, und aus einem vollen Topfe läßt sich gut wirthschaften. Darin liegt aber kein besonderes Verdienst. Gewiß, es ziemt sich, daß die Hauptstadt des Deutschen Reiches ein repräsentationsfähiges Aeußere hat und anderen Städten mit gutem Beispiel vorangeht, wenn aber die hauptstädtische freisinnige Presse und die Berliner Bezirksvereinsweisheit immer wieder an der Hand der Steuersätze mit Emphase betont, einer wie einwandfreien und erleuchteten Kommunalverwaltung wir uns erfreuen, wie tadellos die kommunale Maschine arbeite und wie unerreichbar hoch die Einsicht des Magistrats throne, so kann man über solche Aufgeblasenheit nur lächeln. Die Berliner Stadtverwaltung ist nicht schlechter aber auch nicht besser als die unzähliger Provinzialstädte, und nur wem die Augen übergehen, wenn er liest, daß der Jahresverbrauch der städtischen Verwaltung an Tinte nach Hektolitern und an Stahlfedern nach Doppelwaggons sich berechnet, nur wer in ehrfurchtsvollem Staunen erschauert, wenn er hört, daß der Etat der Stadt Berlin größer ist als der des Königreichs Sachsen, nur jemand, der sich durch solche Aeußerlichkeiten blenden läßt, wird geneigt sein, im „Rothen Hause" den Sitz aller kommunalen Weisheit und Unübertrefflichkeit zu verehren.

An eine so außerordentliche Weisheit können wir nicht glauben. Das Kennzeichen besonderer Verwaltungskunst ist nicht darin zu suchen, daß man mit dem Vorhandenen auskommt oder daß man die Bedürfnisse für das kommende Jahr auf Heller und Pfennig vorausberechnet, sondern darin, daß man den Blick weiter spannt und in Zeiten der Wohlfahrt und des Gedeihens mit der Wahrscheinlichkeit zu Gewitzheit rechnet, daß auf die fetten Jahre magere folgen werden, eine Kunst, die bekanntlich schon im ersten Buche Moses an dem Beispiel Josephs gelehrt wird. Die Berliner Stadtverwaltung hat die letzte Periode wirthschaftlicher Wohlfahrt vorübergehen lassen, ohne sich große Sorgen um eine ferner liegende Zukunft zu machen. Anstatt die Ueberschüsse zu thesauriren, hat sie im Automobiltempo prunkvolle Brücken gebaut und das Geld mit vollen Händen ausgegeben. Jetzt fürchtet man sich vor einer Wiederholung der Kommunalsteuer, obwohl man mit Recht annimmt, daß auch die nächsten Jahre keine Ueberschüsse bringen werden. Man fürchtet sich auch aus Eitelkeit, denn sobald mehr als 100 Proz. erhoben werden, müßte der Etat dem Finanzminister zur Genehmigung eingereicht werden, und einer solchen Blamage möchte man gern aus dem Wege gehen.

Wie schon bemerkt, fällt das kleine Defizit an sich kaum ins Gewicht, es kann leicht durch Zurückstellung irgend einer Position im laufenden Etat ausgeglichen werden, aber es ist eine heilsame Lehre für jene Freisinnshelden, die immer wieder behaupten, an dem Beispiel der Berliner Kommune könne man sehen, was eine im freisinnigen Geiste geleitete Verwaltung zu leisten vermöge. Jetzt kommt es heraus: die Berliner Stadtverwaltung hat den elementaren Grundsatz jedes Hausvaters nicht befolgt, der lautet: spare in der Zeit, so hast du in der Noth. Sie hat darin also keinerlei Vorsprung vor jeder mit einiger Voraussicht geleiteten Provinzialstadt.

Es ist ein Korn Wahrheit in diesen Bemerkungen, soweit sie sich auf den Mangel einer in die Zukunft reichenden Sparsamkeit und Voraussicht beziehen. Auch insofern hat das Blatt nicht Unrecht, als es thatsächlich noch immer in weiten Kreisen des Bürgerthums Glaubensatz ist, daß in der Berliner Stadtverwaltung Alles durchaus mustergiltig und vollendet sei. Dieser Glaubenssatz wird von gewissen Stadtverordneten in regelmäßiger Wiederkehr im Stadtparlament selbst wie in den Bezirksvereinen unentwegt vertreten. Wir unserseits dürfen bemerken, daß die „Volks-Zeitung" dieser verhängnißvollen Selbstzufriedenheit Jahr aus Jahr ein mit der nöthigen Schärfe entgegengetreten ist. Wir haben dieses Ausruhen auf mehr oder minder vergilbten Lorbeern sehr häufig als das schwerste Hinderniß eines stetigen Fortschreitens gebrandmarkt, auf dem Gebiete der Schule, wie des Verkehrswesens, wie der Verkehrspolitik, wie der Finanzwirthschaft. Eben deswegen haben wir Unbefangenheit genug, dem Artikel der „Rhein.-Westf. Ztg." einen belehrenden Werth nicht ganz abzusprechen. Daß es, wenn der Magistrat den ernsten Willen hat, mehr als 100 Pct. an Kommunalsteuern nicht zu erheben, an Mitteln nicht fehlt, trotzdem den Etat in der Waage zu halten, haben wir schon früher angedeutet.

× **Rummelsburg gegen Berlin.** Seit länger als Jahresfrist schwebt eine Klage der Gemeinde Rummelsburg gegen den Berliner Magistrat wegen der Pflasterung verschiedener Rummelsburger Straßen. Dem Magistrat gehört bekanntlich weit über die Hälfte des noch unbebauten Rummelsburger Geländes. Während in Rummelsburg-Boxhagen in den letzten Jahren eine überaus rege Bauthätigkeit herrschte, blieben zwischen den neuerstandenen Straßen die Terrains des Berliner Magistrats brach liegen und behinderten theilweise die baulich Entwickelung des Ortes. Um den Magistrat zu veranlassen, seine Grundstücke, soweit sie nicht zur Erweiterung der städtischen Anlagen in Rummelsburg gebraucht werden, zu verkaufen und die Gemeinde dauernd vor Schaden zu bewahren, fordert Rummelsburg von Berlin einen Beitrag zu den Kosten der Straßenregulirung und Pflasterung. Berlin lehnt jedoch jede Zahlung ab; der Magistrat meint, zur Beitragsleistung erst nach Bebauung der Grundstücke verpflichtet zu sein. Rummelsburg hat daraufhin, soweit die Haftpflicht in Frage kommt, an welcher der Magistrat Grundstücke mit großer Straßenfront hat, Klage angestrengt. Die übrigen Straßen werden vorerhand auf Kosten der Grundbesitzer, die hier bauen wollen, und der Gemeinde gepflastert.

Lokales.

† **Der Hamburger Parteitag im fortschrittlichen Verein Waldeck.** Am Dienstag Abend kam es im Verein Waldeck, der in der neuen Philharmonie tagte, zu heftigen Auseinandersetzungen über den Hamburger Parteitag. Schriftsteller Schöler referirte über den Verlauf des Parteitages und suchte den dort gefaßten Ausschluß der Oeffentlichkeit, als „im Interesse der Partei liegend", zu vertheidigen. Er machte hierzu folgende Ausführungen: Unsere Parteitage sind „vertrauliche Zusammenkünfte", um durch Aussprache und Belehrung sich gegenseitig zu verständigen. Daß in Hamburg Parteigenossen, auch wenn sie von Delegirten legitimirt waren, zu den Berathungen nicht zugelassen wurden, geschah im Hinblick auf § 7 der Geschäftsordnung. Würde die Zulassung von der Legitimation der Delegirten oder anderer Parteigenossen abhängig gemacht, so könnten leicht Hunderte zum Parteitage strömen, „was vermieden werden müsse". — In der Debatte wurden diese Ausführungen scharf bekämpft. Herr Mendelsohn betonte, daß dem Delegirten seines Wahlkreises die Meinung mit auf den Weg gegeben sei, für volle Oeffentlichkeit der Verhandlungen einzutreten. Es sei endlich Zeit, das spitze Delegirtensystem führt den Haufen zu werfen. Statt daß wie bisher, stets die Vorstände der einzelnen Wahlkreise als geborene Delegirte zu den Parteitagen entsandt würden, hätten die Delegirten aus den Wahlversammlungen hervorzugehen. Die Wähler ließen sich künftig ihn solche Bevormundung nicht mehr gefallen, weil sie nicht lediglich als Schlepper bei Wahlen dienen wollten. Unangenehm habe es auch in weiten Parteikreisen berührt, daß man in Hamburg zu schroff gegen die Sozialdemokratie vorgegangen sei. Man hätte sollen nach einer Mittellinie suchen, die es ermögliche bei Wahlen unter Umständen mit der Sozialdemokratie Hand in Hand zu gehen. Wenn von der freisinnigen Volkspartei immer darüber geklagt werde, daß zu wenig Geld für Parteizwecke eingehe, so liege das an der großen Unzufriedenheit der Wählerschaft. Herr Trüger kritisirte scharf das Führerwesen in der Partei. Auch er trat energisch dafür ein, daß die Delegirten zum Parteitage von öffentlichen Wahlversammlungen zu ernennen seien. In diesem Sinne seien im zweiten und dritten Berliner Reichstagswahlkreise wiederholt Beschlüsse gefaßt, die aber die Parteileitung einfach ignorirt habe. Wenn man aber die Wählerschaft bei wichtigen Anlässen immer übergeht, braucht man sich nicht zu wundern, wenn bei den Wahlen nicht alles klappt. Unbedingt müsse daran festgehalten werden, daß Anträge zu den Parteitagen frühzeitig veröffentlicht und zur Diskussion gestellt würden. Der Redner trat dann mit großer Schärfe noch dafür ein, daß die freisinnige Volkspartei den Arbeiterverhältnissen mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit schenken müsse. — Darauf wird er vorläufig leider noch lange warten müssen.

† **Die Bäcker gegen den Milchring.** Zum Milchkriege erklärt der Obermeister Gemeinhardt von der Berliner Bäcker-Innung „Konkordia" einen Aufruf an die Innungsmitglieder, worin er sie auffordert, den außerhalb des Ringes stehenden Großlieferanten-Händlern-Rauen, der als Mitkämpfer der Milchkommanditen im verflossenen Jahre 38 000 Mark zugelegt haben soll, zu unterstützen. Die Bäcker Berlins hätten alle Ursache, die Milchhändler in ihrem Kampfe gegen die agrarischen Monopolgelüste zu fördern, da die Losung der Händler „Weg mit dem Zwischenhandel!" auch die Bäcker wie die Schlächter mit der Vernichtung ihrer Existenz bedrohe. (Spät kommt die Erkenntniß, aber sie kommt.) — Auch verschiedene größere Beamtenvereinigungen sind mit den Milchhändlern wegen Lieferung ringfreier Milch in Unterhandlung getreten.

† **In der öffentlichen Versammlung der Gewerkschaft der Metallarbeiter,** über die wir im Morgenblatte vom 27. September berichtet haben, war vom Referenten betont worden, die Große Berliner Straßenbahn habe ältere verdiente Arbeiter entlassen, weil sie für die Organisation in maßvoller Weise eingetreten seien. Gegenüber dieser Mittheilung schreibt nun die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn:

„Zu dem in Ihrem geschätzten Blatte am 27. September enthaltenen Versammlungsbericht: „Die Arbeitermaßregelungen der „Großen" bemerken wir ergebenst, daß wir aus uns Angehörigkeit oder Nichtangehörigkeit unserer Arbeiter zu einer Organisation irgend welcher Art niemals gekümmert und daher darauf auch niemals einen Grund zu Maßregelungen hergeleitet haben. Im letzten Vierteljahre wurden in unserer Hauptwerkstätte von 670 Arbeitern im Ganzen nur vierzehn entlassen. Die Ursachen waren derartige, daß in weiteres Verbleiben der Betreffenden in unseren Diensten unmöglich erschien, z. B. wiederholtes unentschuldigtes Fehlen und Trägheit, Unverträglichkeit, Trunkenheit, Fälschung von Attesten, verschiedene grobe Fahrlässigkeiten bei der Arbeit, Ungehorsam und Widersetzlichkeit gegen Meister und Vorarbeiter.

Mit der in der Versammlung ausgesprochenen Absicht, jeden weiteren Fall einer Maßregelung von Arbeitern der Oeffentlichkeit zu unterbreiten, können wir uns nur einverstanden erklären, wenn die zu Grunde liegenden Thatsachen wahrheitsgemäß mitgetheilt werden. Zu weiteren Erörterungen unsererseits liegt kein Anlaß vor, da wir auch in der Folge an den Eingangs bezeichneten Grundsätzen festhalten werden.

Die Direktion (gez.) Dr. Micke."

Das Rauchgespenst in unseren vier Wänden.

Es gehen alljährlich so und so viele Menschen an Kohlengasvergiftung zu Grunde. Die Zahl hat sich vermindert dank der Fürsorge, die man auf die Erforschung und Bekämpfung der Gefahr mehr und mehr verwandt hat. Immerhin sind die Fälle von Erstickung aus dieser Ursache noch immer häufig genug, doch ist ihr Vorkommen gewöhnlich nicht gerade alarmirend. Wenn nun aber ein Mann wie Emile Zola das Opfer eines gemeinen Stubenofens wird, der bei der nöthigen Rücksicht der Behörden vielleicht längst auf Grund einer allgemein giltigen Vorschrift hätte verbessert sein können, so legt sich Jedermann mehr als sonst die Frage vor, ob er nicht vielleicht auch täglich unter der gleichen Lebensgefahr stehe. Von den neuesten Häusern in den Großstädten verlangt man allerdings einen vollkommen tadellosen Zustand in Bezug auf die Heizung, und diese Erwartung wird wohl auch in allen Fällen erfüllt. Aber unter solchen Verhältnissen leben doch nur die Paar oberen Zehntausende, für deren Lebenssicherheit doch nicht aus dem Grunde mehr gesichten sollte, weil sie mehr Geld für ihre Wohnung ausgeben können. In den älteren Häusern liegt es aber vielfach mit der Heizung noch immer im argen, und die Wohnungen, in denen niemals ein Ofen raucht, gehören in kleineren Ortschaften und in älteren oder weniger eleganten Häusern der Großstädte noch immer zu den Seltenheiten. Der hervorragendste Sachverständige auf diesem Gebiet, Hofrath Meidinger in Karlsruhe, hat ein halbes Leben darauf verwandt, die Mißstände der verschiedenen häuslichen Heizungsanlagen zu untersuchen und nach den Mitteln zur Abhilfe zu forschen. Er hat auch in einem Aufsatz, den er uns zugestellt hat, in klarster Form den Grund nachgewiesen, weshalb die Heizungsanlagen in den Wohnhäusern noch immer an so vielen Mißständen zu leiden haben. Das Rauchen der häuslichen Oefen und Herde kann sehr verschiedene Ursachen haben, unter denen hauptsächlich zu nennen sind die Witterung, der Bau des Kamins, der Zustand des Ofens oder Herdes selbst nebst dem des Rauchrohrs. Ueber den Einfluß der Witterung bestehen fast allgemein irrige Vorstellungen. So ist die Annahme, daß die auf den Schornsteinen scheinende Sonne oder der Nebel von Einfluß auf das Rauchen der Oefen sei durchaus unrichtig. Wenn beim Feueranmachen Rauch aus dem Ofen tritt, so liegt der Grund meist im mangelnden Zug innerhalb des Kamins. Gewöhnlich zeigt sich die Erscheinung bei windstillem und mildem Wetter, bei Kochherden namentlich im Sommer, wenn die Luft im Salon kälter ist als draußen. Je seltener geheizt wird, desto eher kann dieser Zustand eintreten. Die schnellste Abhilfe verschafft ein Feuer aus feinen gespaltenen Holzstücken in dem kurzen in den Kamin führenden Kanal, das nur kurze Zeit unterhalten zu werden braucht. Von besonderer Wirkung kann selbstverständlich der Wind sein, wobei alles auf die Art der Ausmündung des Schornsteins ankommt. Bei steilen Dächern muß dessen Oeffnung über der Dachfirst liegen. Sodann darf sich der innere Querschnitt des Kamins nach oben hin nicht verengern. Daß keine seitlichen Löcher vorhanden sein dürfen, in die der Wind unmittelbar eintreten kann, braucht nicht erst gesagt zu werden. Die drehbaren Schornsteinaufsätze verwirft Meidinger durchaus. Ist das Haus von höheren Gebäuden umgeben, so daß also der Wind leicht von oben her die Oeffnung des Schornsteins trifft, so muß letztere durch eine Blechplatte überdeckt werden, für deren Anbringung Meidinger genaue Anweisung ertheilt. Mit Rücksicht auf die Anlage des Kamins ist hauptsächlich zu tadeln, daß sehr häufig für mehrere Stockwerke eines Hauses nur ein Kamin vorhanden ist. In Wien ist diese Anordnung bereits verboten, in Deutschland aber unseres Wissens noch in keiner einzigen Stadt. Der dadurch erzeugte Uebelstand liegt darin, daß die Heizung in jedem Stockwerk durch diejenige in den anderen Stockwerken in Mitleidenschaft gezogen wird. Verengert sich der gemeinsame Kamin gar noch nach oben hin, so kann es sehr wohl vorkommen, daß aus einem gar nicht geheizten Ofen eines oberen Stockwerks Rauchmassen austreten, wenn unten irgendwo geheizt wird. Zuweilen kann wirkliche Abhilfe nur durch einen Umbau des Kamins geschaffen werden, im andern Falle ist wenigstens eine Verständigung zwischen den Bewohnern der einzelnen Stockwerke nothwendig. Hierzu ist vor allem, daß die Feuerungsthüren während des Heizens nur wenig geöffnet werden und beim Nichtheizen vollständig geschlossen bleiben. Die Putzthüren des Kamins müssen selbstverständlich immer geschlossen sein. Wenn in der im Keller befindlichen Waschküche die Kesselfeuerung geheizt wird, so dürfen niemals die Putzthüren zur Abführung der Wasserdämpfe durch den Kamin nach außen geöffnet werden; das nutzt einmal wenig und führt leicht zum Rauchen von Oefen an anderen Stellen des Hauses. Bei Unterbrechung der Wäscherei sind die Feuerungsthüren sofort zu schließen. Bei den Kochherden ist noch mehr als bei den Zimmeröfen auf häufige sorgfältige Reinigung zu achten. Die Abgasröhren müssen leicht zugänglich sein, und nöthigenfalls muß die Köchin selbst das Putzen vornehmen können. Diese Nothwendigkeit hängt damit zusammen, daß für die Herdheizung hauptsächlich flammende Brennstoffe angewandt werden, die mehr Ruß und lockere Asche geben. Ist es unsicher, ob im Herd der nöthige Zug herrscht, so sollte vor dessen Heizung an die wenig geöffnete Feuerthüre ein brennendes Licht gehalten werden. Wird die Flamme nach außen gebogen, so fehlt es an Zug. Ein schwaches Holzfeuer im Kamin selbst kann rasch Abhilfe gewähren. Am wirksamsten ist es, wenn es in der unteren Mündung des Kamins selbst angezündet werden kann. Von den Stubenöfen gilt im Allgemeinen dasselbe wie vom Kochherd. Bei der Anwendung von Anthracit ist namentlich zu beachten, daß dieser Brennstoff Salzdämpfe abgiebt, deren Niederschlag das Abgasrohr ganz verstopfen kann. Ein starkes Holzfeuer macht das Rohr wieder frei. Ein Nachfüllen von Brennstoffen soll immer möglichst rasch geschehen. Bei Oeffnung der Feuerthür ist die tiefer angebrachte Aschenthür zu schließen. Die Gefährlichkeit von Klappen im Rauchrohr ist unendlich oft schon erwähnt worden, und glücklicherweise sind sie wenigstens in den größeren Städten durch allgemeine Verordnung verboten. Die Dichtung der Kachelöfen muß zeitweilig nachgesehen und nöthigenfalls ergänzt werden. Will man die Summe aus diesen wichtigen Ausführungen ziehen, so ergiebt sich in erster Linie als dringend wünschenswerth die Beseitigung der gemeinsamen Kamine für mehrere Stockwerke desselben Hauses. Was die Bauordnung in Wien erreicht hat, sollte für andere Städte vorbildlich werden, nämlich die Anlage besonderer Kamine für jedes Stock eines Gebäudes.

Klingers Beethoven wird nach Schluß der Düsseldorfer Ausstellung im Berliner Kunstsalon von Keller u. Reiner zur Ausstellung gelangen.

Massenet's neue Oper „Der Gaukler unserer lieben Frau", die soeben mit großem Erfolg am Hamburger Stadttheater erstmalig aufgeführt wurde, ist bereits — wie der Verlag Ahn in Köln mittheilt — vom Hoftheater in Darmstadt und von den Stadttheatern in Köln, Leipzig und Elberfeld angenommen worden. Im Ahn'schen Verlag erscheint auch das Ballet Javotte von Saint-Saëns, das in allernächster Zeit am Berliner Opernhaus in Szene gehen wird.

Ein Kossuth-Denkmal wurde unter großer Betheiligung zu Cleveland (Ohio) enthüllt. Der Senator Hanna und andere Politiker von Bedeutung feierten den ungarischen Patrioten in begeisterungsvollen Reden.

Heiteres.

Das eingegangene Echo. Tourist: Wenn ich mich recht entsinne, so bekand sich doch früher an dieser Stelle ein Echo?

Oberkellner: Allerdings. Aber das haben wir eingehen lassen! Es kommen nämlich seit den letzten Jahren so viele Engländer und Franzosen zu uns her und diese Sprachen spricht unser Hauskoecht nicht!

Bescheidene Bitte der Schmiere. In dem morgigen Stück „Moderne Ritter" hat im dritten Akte die beim Helden veranstaltete Abendgesellschaft Bratwürste zu verzehren. An die geehrten Bewohner von Düsselheim richte ich daher die ergebenste Bitte, aus Liebe zur Kunst ein Schwein mittlerer Größe dazu stiften zu wollen.

Schwarzkopf, Direktor.